

Luftschläge im Sinai sind kein stiller Gruß

Merkels fatales Kondolenztelegramm

von Jacqueline Andres

In ihrem Kondolenztelegramm an den ägyptischen Präsidenten, Abdel Fattah Al-Sisi, betonte Bundeskanzlerin Merkel, sie habe „mit großer Bestürzung [...] die Nachricht vom Angriff auf eine Moschee auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel erhalten, bei dem so viele unschuldige Menschen den Tod fanden und viele weitere verletzt wurden.“ Merkel verurteilte diesen niederträchtigen Anschlag auf das Schärfste. Bei dem besagten Anschlag Ende November 2017 auf die Rawda-Moschee in dem Ort Al Rawda im Norden Sinais wurden mehr als 300 Menschen getötet. Zu diesem Anschlag, der zumindest in den deutsch- und englischsprachigen Leitmedien als der blutigste in der modernen Geschichte des Landes bezeichnet wird, bekannte sich bislang niemand, doch die ägyptische Staatsanwaltschaft hält die sich dem Islamischen Staat zuordnende Gruppe Wilaya Sinai (Provinz Sinai) für verantwortlich. An Sisi direkt richtete Bundeskanzlerin Merkel folgende politisch schwerwiegenden Worte: „Seien Sie versichert, dass Deutschland im Kampf gegen den Terror weiter an der Seite Ihres Landes und der Menschen in Ägypten stehen wird.“ Trotz eines abgesagten Workshops des BKA zur Internetbeobachtung, weitet die Bundesrepublik mit einem neuen Sicherheitsabkommen ihre polizeiliche und geheimdienstliche Zusammenarbeit weiter aus.¹

Mit Bomben und brutaler Gewalt gegen Terror?

Sisi antwortete nur einen Tag später mit Luftschlägen auf den Anschlag – dabei kamen laut der Zeitung EgyptToday mindestens 30 Menschen ums Leben, von denen behauptet wird, an den Anschlägen beteiligt gewesen zu sein.² Nach Details und rechtlichen Grundlagen wird nicht gefragt. Auch die bombardierten Angriffsziele klangen im Artikel fast willkürlich und zufällig ausgewählt: Es wurden Pickups bombardiert und weitere „terrorist hotbeds“ ausgehoben. Auf den von der ägyptischen Luftwaffe geposteten Bildern der Operation wird die schlechte Auflösung deutlich, die wohl trotzdem als Grundlage der militärischen Maßnahme dienten, die auch ganz offiziell nicht die Festnahme Verdächtiger zum Ziel hat, sondern ihre „Eliminierung“.³ An die ägyptischen Streitkräfte stellte Sisi die Forderung, innerhalb von drei Monaten die Situation in den Griff zu bekommen und befahl ihnen, die dazu „notwendige brachiale Gewalt“ anzuwenden. Der Aufforderung leisteten die Streitkräfte auch heute noch Folge: Allein in den ersten zwei Januarwochen des Jahres 2018 wurden mindestens 20 Personen hingerichtet, die laut dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte als Zivilisten vor einem Militärgericht keinen fairen Prozess erhielten. Am 26. Dezember 2017 wurden 15 als Terroristen beschuldigte Personen, die an Angriffe auf Militärposten im Sinai beteiligt gewesen sein sollen, hingerichtet – vor ihrer Gerichtsverhandlung wurden sie entführt und gefoltert. Mit Sisi und seinem Kampf gegen den Terror nahm die Zahl staatlicher Hinrichtungen sprunghaft zu.⁴ Der seit 2014 immer wieder um drei Monate verlängerte Ausnahmezustand wurde zuletzt Mitte Januar 2018 erneut ver-

längert und bringt für den Sinai eine erneute Ausgangssperre in den Gebieten der Städte Rafah und El-Arish mit sich.⁵

Wie Sisi den Terror auf der Sinai-Halbinsel stärkte

Weitet man den Terrorismusbegriff auch auf staatlichen Terror aus, so ist der blutigste Anschlag von Sisi selbst gegen die Opposition angeordnet worden. Am 14. August 2013 erschossen ägyptische Sicherheitskräfte mehr als 1000 Anhänger_innen der Moslebruderschaft, die auf dem Rabi'a- und dem Al-Nahda-Platz gegen den Militärputsch Sisis und für den aus dem Amt gejagten ersten demokratisch gewählten Präsidenten des Landes, Mohammed Morsi, demonstrierten. Hierbei handelt es sich laut Human Rights Watch um eine der brutalsten Massenhinrichtungen von Demonstrant_innen in der jüngeren Weltgeschichte und um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.⁶ Nach dem Massaker erhielten die involvierten Sicherheitskräfte eine Bonuszahlung sowie ein Ehrenkmal auf dem Rabi'a-Platz, das die gute Zusammenarbeit von Armee und Polizei zum Schutz der ägyptischen Bevölkerung symbolisieren soll.⁷ Dieses brutale Vorgehen sollte für Sisis weiteren Umgang mit Dissens und Opposition zukunftsweisend sein und zu einer Radikalisierung und islamistischen Einfärbung des Dissenses vielerorts führen – auch auf der Sinaihalbinsel. Nachdem zunächst Unbekannte wiederholt die Gaspipeline von Sinai nach Israel sabotierten und sich infolgedessen das erste Mal als Ansar Beit Maqdis (ABM) vorstellten, nahm ihr Diskurs zunehmend islamistischere Töne an und die ägyptischen Sicherheitsdienste sowie die zahlreichen Militärunternehmen stellten ihre neuen Angriffsziele dar.

Krieg gegen Terror, den niemand sieht

Widersprechen kann den Erfolgsmeldungen des Militärs bezüglich seines Krieges auf dem Sinai auch kaum jemand: Seit der Einführung des Ausnahmezustands auf dem Sinai im Jahr 2014 herrscht ein „media blackout“ auf der Halbinsel. Durch das wiederholte Abschalten des Mobilfunks und Internets können selbst Bewohner_innen die Vorgänge vor Ort oft nicht nach außen tragen.

Journalist_innen können nur selten in den Sinai einreisen und sollten sie in ihrer Berichterstattung über den Krieg gegen den Terror auf der Halbinsel von der Linie der Regierung abweichen, so verstoßen sie gegen das 2015 erlassene Anti-Terrorgesetz und landen immer wieder vor Militärgerichten, wie u.a. Mohannad Sabry. Sabry sieht einen Grund für diesen Berichtsverbot darin, dass die Regierung befürchtet, den Erfolgsbehauptungen von Seiten seines Militärapparats könnte widersprochen werden und die traurige Realität eines mehrdimensionalen Versagens der Regierung offensichtlich werden. Auch nach dem Anschlag gestattete das Militär den Journalist_innen keinen Zugang zu der Moschee und verbat, Bilder der Beerdigungen zu machen.⁸ Nach Aussagen von Khaled Megahed, einem Sprecher des Gesundheitsministeriums, habe dieses den Medien ohne weitere Erklärung verboten, mit den Verletzten zu sprechen.⁹

Seit der Amtszeit von Sisi wurden hunderte Menschen grundlos festgenommen, gefoltert und zum Teil auch außegerichtlich hingerichtet. Wie sein Amtsvorgänger ließ auch Sisi

Tunnel zum angrenzenden Gazastreifen mit Salzwasser fluten, wodurch das Grundwasser versalzt. Um die Errichtung neuer Tunnel zu erschweren, ließ Sisi in der Zeit von Juli 2013 bis August 2015 mehr als 3.255 an den Gazastreifen angrenzende Häuser in der ägyptischen Stadt Rafah zerstören, um eine Pufferzone zu errichten. Viele der vertriebenen Bewohner_innen sahen sich durch die unverhältnismäßige geringe Entschädigung dazu gezwungen, in selbst errichteten Hütten in der Wüste zu leben, oder auch Zuflucht in Orten wie Al Rawda zu suchen.

Diese militärische Terrorismusbekämpfung verschlimmert die Situation auf dem Sinai, schafft einen fruchtbaren Boden für die Rekrutierung islamistischer Gruppierungen und verschärft die Misere der zwischen die Fronten des staatlichen und des islamistischen Terrors geratenen Anwohner_innen.

Ziel des Anschlags?

Einige Anwohner_innen sehen den Grund des Anschlages neben des Angriffs auf eine Moschee des Jaririya-Sufi-Ordens vor allem auch in der Zusammenarbeit der Dorfbewohner_innen mit den staatlichen Sicherheitskräften innerhalb der vergangenen Monate. Sie bestand vor allem aus der Weitergabe von Informationen über die Bewegungen der Wilayat Sinai oder am Straßenrand platzierte unkonventionelle Sprengvorrichtungen.¹⁰ Der Krieg auf dem Sinai bringt die Bewohner_innen in die Situation, sich auf die Seite einer der Kriegsparteien stellen zu müssen und zieht sie somit immer weiter in die Spirale der Gewalt. Die nach dem Anschlag gestellte Forderung der Union der Stämme Sinais nach einer Bewaffnung ihrer Mitglieder durch das Militär für den Krieg gegen Wilayat Sinai ist besorgniserregend und könnte den Weg in einen Bürgerkrieg pflastern.¹¹

Bei dem Anschlag auf die Rawda-Moschee schienen die hinterlassenen Munitionsreste Aufschluss über die Täterschaft zu geben: auf ihnen waren die Initialen der ägyptischen Armee zu erkennen. Bisher, laut Al-Monitor, sei es nur der Gruppe Wilayat Sinai gelungen, bei Angriffen auf das Militär dessen Waffen und Munition zu erbeuten. Mehr Waffen versprechen mehr Gewalt. Zudem könnten nach einer Bewaffnung der Union der Stämme Sinais auch interne Streitigkeiten unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung bewaffnet ausgetragen werden.

Die Legitimierung der Luftschläge ist kein stiller Gruß

Das mit „stillem Gruß“ gezeichnete Kondolenztelegramm gießt somit mehr Öl ins Feuer, das seit Jahren Tausenden Menschen auf der Halbinsel Sinai das Leben gekostet hat und alle Bewohner_innen unter eine Kollektivstrafe stellt. Die Luftschläge, hinter denen Bundeskanzlerin Merkel steht, werden den durch Staatsterror und Marginalisierung entstandenen islamistisch eingeordneten Terrorismus auf der Halbinsel eher stärken als schwächen. Sabryns Ansicht nach müsse die Regierung, um die Situation vor Ort zu bessern, zunächst eingestehen, dass ihre Militäroperationen und Sicherheitspolitik der letzten Jahre ein Fehlschlag waren. Außerdem müssten die staatlichen Behörden unverzüglich die gravierenden und zahlreichen Menschenrechtsverletzungen beenden, die – gepaart mit der aus wirtschaftlicher und politischer Marginalisierung entstandenen Perspektivlosigkeit – die lokale Jugend in die Arme bewaffneter Gruppen treibt. Die Wurzeln des Konfliktes



Ägyptische Polizei attackiert einen Demonstranten. Quelle: Matthew Carrington/Tactical Technology Collective via Flickr.

liegen in der historischen Benachteiligung der Bedouinen auf dem Sinai, deren Unmut gegen den Staat mit der Kriminalisierung und Kollektivbestrafung von Seiten der Mubarak- und der Sisi-Regierung stieg. Gespräche, Bildung, soziale Einbindung und wirtschaftliche Teilhabe könnten den hausgemachten Konflikt viel eher beheben. Doch davon ist in Merkels Kondolenztelegramm und der verstärkten polizeilichen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Ägypten im Kampf gegen den Terror und illegalisierte Migration nichts zu erkennen. Im kommenden Mai stehen wieder Präsidentschaftswahlen an – nur sieben Minuten vor dem Ablauf der Aufstellungsdeadline zur Präsidentschaftskandidatur reichte Moussa Mostafa als einziger Gegenkandidat Sisis seine Unterlagen ein. Er selbst hatte noch am gleichen Tag auf seinen Onlineauftritten für Sisi geworben und scheint eher ohne Absichten, die Wahl zu gewinnen, als Symbolfigur ins Rennen zu gehen. Alle weiteren fünf Kandidaten wurden auf Druck des Präsidenten an einer Kandidatur gehindert oder zogen diese zurück. Zwei von ihnen befinden sich in einem Militärgefängnis.¹² Sollte Sisi die Wahl gewinnen, rechnen einige mit einer grundlegenden Verfassungsänderung, die ihm mehr Macht und eine verlängerte bzw. uneingeschränkte Amtszeit einräumen könnte. Zu diesen gefährlichen Entwicklungen äußerte sich Bundeskanzlerin Merkel bislang nicht.

Anmerkungen

- 1 Matthias Monroy: BKA sagt Lehrgang zu Internetbeobachtung in Ägypten ab, baut Kooperation aber weiter aus, netzpolitik.org, 19.10.2017
- 2 Air Force kills terrorists of mosque attack in fleeing pickups, egypttoday.com, 25.11.2017
- 3 mod.gov.eg, 25.11.2017
- 4 UN rights office raises alarm over Egypt executions, aljazeera.com, 06.01.2018
- 5 Egypt to impose curfew on parts of North Sinai, reuters.com, 12.01.2018
- 6 Ägypten: Tötungen in Rabaa und andere Tötungen wohl Verbrechen gegen die Menschlichkeit, hrw.org, 24.08.2014
- 7 Five Egyptians arrested for vandalising army-built memorial in Rabaa, english.ahram.org.eg, 15.05.2014
- 8 Mourad Hegazi: Province of Sinai ordered Rawda Sufis to halt rituals 1 week before Friday attack, madamasr.com, 24.11.2017
- 9 Karoline Kamel, I was in Rawda, madamasr.com, 26.11.2017
- 10 Sinai massacre forebodes more violence, al-monitor.com, 28.11.2017
- 11 Should Egypt arm Sinai tribes to confront extremists?, al-monitor.com, 07.12.2017
- 12 Rana Mamdouh und Rania Rabie: Moussa Mostafa delivers candidacy papers 7 minutes before NEA deadline, madamasr.com, 29.01.2018

„Freiheit, Würde, Arbeit“ Ein leeres Versprechen von neun tunesischen Regierungen

von Nabil Sourani

Verzerrtes Narrativ auf internationaler Ebene

Außergewöhnlich, gar einzigartig – mit diesen Wörtern beschreibt ein Großteil der internationalen Medienlandschaft die Entwicklung Tunesiens seit der Revolution. Die Ursprünge des ‚Arabischen Frühlings‘ liegen in Sidi Bouzid, einer ländlichen Region des tunesischen Inlands, wo sich der Obsthändler Mohamed Bouazizi im Dezember 2010 selbst verbrannte und damit eine Protestwelle gegen Staatswillkür löste, die in dem Sturz Ben Alis gipfelte. Rasch breitete sich die Idee einer demokratischen Revolution in den Nachbarländern Tunesiens aus und brachte die herrschenden Diktatoren und Autokraten ins Wanken, an die lautstark die Forderung nach ‚Freiheit, Würde und Arbeit‘ gestellt wurde. Infolge von Unruhen endete die mehr als 23-jährige Alleinherrschaft Zine El Abidine Ben Alis und seiner Entourage am 14. Januar 2011 mit seiner Flucht nach Saudi-Arabien. Tunesien verhinderte als einziges Land eine Konterrevolution wie in Ägypten und einen Bürgerkrieg wie in Libyen, Syrien und Jemen. Stattdessen entwickelte sich Tunesien zu einer partizipatorischen Demokratie, Parteien formierten sich, eine neue Verfassung wurde verabschiedet und 2014 fanden die ersten freien und kompetitiven Wahlen statt. Seither stellen internationale Leitmedien und auch Vertreter_innen der EU Tunesien als Vorzeigeland des ‚Arabischen Frühlings‘ und der ganzen Region dar. Gestützt wird dieses Narrativ einer außergewöhnlichen Erfolgsgeschichte zudem durch den Friedensnobelpreis, der dem tunesischen Dialogquartett, bestehend aus dem Gewerkschaftsdachverband UGTT, dem Unternehmerverband (UTICA), der Anwaltskammer und der Menschenrechtsliga (LTDH) 2015 in Oslo verliehen wurde. Nachdruck wurde dem 2018 mit der Klassifizierung Tunesiens als einzigem freien Staat im Maghreb durch das Freedom House verliehen. Allgemein verweisen Vertreter_innen des tunesischen Erfolgsmodells auf die progressive neue politische Elite und ihre beachtlichen Leistungen: zum Beispiel dem in der Konstitution von 2014 niedergeschriebenen Recht der freien Meinungsäußerung, der Eröffnung eines LGBT-Radiosenders oder der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen zu Gunsten der Frauenrechte. Allerdings müsse noch eine klare Wirtschafts- und Finanzstrategie ausgearbeitet und die Korruption unter Kontrolle gebracht werden. Trotz der genannten Defizite handele es sich um einen stabilen demokratischen Staat in einer von Chaos geprägten Region, den es auf allen Ebenen zu unterstützen gilt.

So schmücken internationale Medien und Regierungen weltweit, vor allem aber innerhalb der EU, die Geschichte Tunesiens aus. Und dass, obwohl Zivilpersonen weiterhin für Verleumdungen von hochrangigen Militärs und Politikern vor ein Militärgericht gezerrt werden. Systematisch wird über die derzeit aussichtslose Lebenssituation großer Teile der marginalisierten Bevölkerung hinweg gesehen. Alternative Politik- und Wirtschaftsmodelle, die sich im Land entwickeln, werden ausgeblendet. Nicht nur eine Romantisierung der Umbrüche und des gesellschaftlichen Status quo im Land wird hierdurch for-

ciert – auch der gesamte Transformationsprozess wird dadurch erheblich behindert.

Damit diesem ‚Leuchtturm‘ Nordafrikas nicht ein ähnlich desaströses Schicksal wie Libyen, Syrien oder dem Jemen widerfährt, entschieden sich neben den USA auch einige

Staaten EUropas, den tunesischen Sicherheitsapparat finanziell sowie mit Ausbildungs- und Ausrüstungsmaßnahmen zu unterstützen. Offiziell solle die Regierung Tunesiens hierdurch in die Lage versetzt werden, Extremismus und Terrorismus zu bekämpfen, denn die Sicherheit und Stabilität Tunesiens wirke sich auch positiv auf den direkten Nachbarn Libyen aus. Diese ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ strebt allen voran die deutsche Bundesregierung an. Tunesien, als demokratisches Land mit einzigartiger Symbolwirkung, sei ein verlässlicher Partner für die Ertüchtigungsinitiative.¹ Maßnahmen zur Stärkung des tunesischen Sicherheitssektors laufen bereits seit Jahren auf Hochtouren. Eine Abkehr von dieser Strategie ist auch unter der sich derzeit neu bildenden Bundesregierung nicht zu erkennen. Eine Teildemokratisierung kann als fortschrittlich erachtet werden; jedoch beruht sie nicht auf einer tatsächlichen demokratischen Freiheit, wenn eine materielle Gleichheit ausbleibt. Wie bereits angeklungen: Die wirtschaftliche Situation im Land ist desolat.

Wirtschaftliche Erholung aussichtslos²

Seit den ersten Strukturanpassungsprogrammen in den 1980er Jahren, die Tunesien von internationalen Finanzinstitutionen – maßgeblich dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank – für Finanzhilfen auferlegt wurden, sind keine Änderungen in der Wirtschaftsstrategie des Landes vorgenommen worden. Auswirkungen der neoliberalen Neuausrichtung der tunesischen Wirtschaft führten zu Proletarisierungsprozessen, einer Verschärfung der Marginalisierung der Regionen im Inland, Landflucht und einer Erodierung sozioökonomischer Rechte. Der sozioökonomische Status quo wurde bis heute nicht nur aufrechterhalten, sondern der neoliberale Kurs seit der Absetzung Ben Alis 2011, von allen (mittlerweile neun) Folgerregierungen auch weiter intensiviert. Erst 2016 einigte sich der IWF mit der tunesischen Regierung unter Premierminister Youssef Chahed auf einen weiteren Kreditrahmen von 2,9 Mrd. US Dollar. Diese asymmetrischen Kredite dienen derzeit jedoch lediglich der Deckung des Haushaltsdefizits und stellen keine sozialen oder wirtschaftlichen Investitionen dar. Die Auslandsverschuldung stieg seit der Umbrüche innerhalb von sieben Jahren von 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf etwa 80 Prozent des BIPs (2017). Zudem grassiert der informelle Sektor, dem mit 54 Prozent mehr als die Hälfte des BIPs zugerechnet werden, weiterhin, wodurch wichtige Staatseinnahmen ausbleiben. Von Seiten der EU wurde eine Ausweitung von bereits bestehenden Freihandelsabkommen erreicht und eine weitreichende und umfassende Freihandelszone (DCFTA) angestrebt. Das Handelsdefizit steigt weiter an – u.a. durch die Währungsabwertung des tunesischen Dinars um 20 Prozent gegenüber dem Euro im vergangenen Jahr. Insgesamt sind der sich langsam erholende Tourismus, die im Vergleich zu den Vorjahren hohen landwirtschaftlichen Erträge sowie das Wachstum in der Phosphatproduktion unwesentlich für die Gesamtbilanz. Eine jährliche Inflationsrate von 6,3 Prozent lässt zudem die Kaufkraft der tunesischen Bevölke-